

MÜNCHNER BÜRGERINITIATIVE FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

www.bifa-muenchen.de

BIFA, Isabellastr. 6, 80798 München, Tel 181239 oder 2715917 (Tel+Fax)



Rot-Grüner Etikettenschwindel Der stille Angriff auf die Friedensbewegung

Die Ablösung der Kohlregierung war seinerzeit mit vielen Erwartungen verbunden. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt bereits die Entscheidung der rot-grünen Koalition zum Krieg gegen das damalige Jugoslawien gefallen.

Parallel dazu entwickelte sich die rot-grüne Wirtschaftspolitik zur nur wenig gebremsten Übernahme der neoliberalen Ideologie. Daß viele ursprüngliche „*Hoffnungsträger*“ sich derart eindeutig der etablierten Machtpolitik zuwandten, war ein schwerer Schlag für die sozialen Bewegungen, so auch für die Friedensgruppen.

Schröder ist erklärtermaßen stolz darauf, das Tabu der Militäreinsätze überwunden zu haben, und daß dazu nur Rot-Grün so reibungslos in der Lage war.

Klar - damit wollen wir uns nicht abfinden. Gleichzeitig ist es schwer, solche Rückschläge zu bewältigen, immer wieder gibt es die Versuchung, dem eigenen Wunschdenken nachzugeben.

Eine verwandte Problematik zeigt das Projekt der Petra-Kelly-Stiftung (mit anderen): Deren Veranstaltung "Alternative Macht Sicherheit" wird als Bestandteil der Gegenaktionen zur Sicherheitskonferenz angekündigt. Der Schwerpunkt im Text sind „zivile Konfliktlösungen“. So weit so gut - nur - als Schlusspunkt wird der *"Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung"* der Bundesregierung vorgestellt. Der Titel klingt vielversprechend, es ist ein umfangreicher 80-Seiten-Text. Man muß schon näher hinsehen: Ein bezeichnendes Zitat daraus:

"... Krisenprävention erfordert daher häufig eine enge Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Komponenten im Rahmen eines Sicherheitskonzepts, das politische, diplomatische, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Mittel einschließt. ..."

"... Krisenprävention erfordert daher häufig eine enge Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Komponenten im Rahmen eines Sicherheitskonzepts, das politische, diplomatische, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Mittel einschließt. ..."

Im Ergebnis wird unter diesem Titel die alte Militärpolitik legitimiert - zivile Mittel sind so eine willkommene kostengünstige Ergänzung, die im Rahmen der machtpolitischen Ziele flexibel mit der Militärplanung abgestimmt werden können.

Kein Hinweis im Programm dieser Tagung, was einen hier erwartet, dem Programm ist eine Kritik der Bundesregierung nicht zu entnehmen. Im Gegenteil, dieser Regierungstext wird vom Grünen-MdB Nachtwei vorgestellt, der seit langem die Friedensbewegung auf seine Art „betreut“. Wenn Friedensgruppen - wie z.B. der Arbeitsausschuss Friedensratschlag - Militäreinsätze der Bundesregierung ablehnen, dann sind das für ihn schlicht „Ideologen“. Wenn man so einen - ohne Klarstellung! - einlädt, dann sieht das eher wie eine „Schwesterveranstaltung“ zur NATO-Sicherheitskonferenz aus. Schwer zu verstehen, was man sich dabei gedacht hat.

In den letzten Jahren hat die Kritik der verkrusteten Herrschaftsverhältnisse durch die globalisierungskritische Bewegung einen hoffnungsvollen Aufschwung genommen, sichtbar z. B. an der Resonanz der Sozialforen. Wir sehen unsere Rolle als **Friedensinitiative** auch in diesem Rahmen und bereiten uns deshalb auf die Teilnahme am ersten **„Sozialforum in Deutschland“ vom 21. - 24. Juli in Erfurt** vor. Einer unserer Schwerpunkte soll dabei die Untersuchung und Aufklärung darüber sein, wie die Rot-Grüne Koalition ihre Strukturen zur Irreführung und Schwächung der Bewegungen nutzt, und wie wir damit umgehen können. Wir suchen dafür auch überregionale Zusammenarbeit.

Eine eigene Betrachtung verdiente die beteiligte Heinrich-Böll-Stiftung, deren Studien haben inzwischen die Funktion, Kriegseinsätze wie gegen Afghanistan systematischer zu legitimieren - man betreibt mit erheblichem Aufwand eine „Weiterentwicklung des Völkerrechts“. Keiner von uns will den Gemetzeln auf den zahlreichen Kriegsschauplätzen dieser Erde untätig zusehen: Aber während man beim einen Konflikt nach Intervention ruft, wird der nächste bereits geschürt - so darf das nicht weitergehen: Die neokolonialen Interessen werden vornehm verschwiegen. Es ist nicht einfach, diese Zusammenhänge systematischer darzustellen, aber es wäre notwendig, wenn Friedensarbeit eine Chance haben soll.

Entlang dieser Konfliktlinie greift Nachtwei eine Erklärung aus der Friedensbewegung an: Zur damaligen Erweiterung des Bundeswehreininsatzes wurde die Erklärung: „**Nur zivile Kooperation kann in Afghanistan helfen**“ veröffentlicht, initiiert vor allem vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ und der IPPNW. (Die Auseinandersetzung ist u.a. im Friedensforum 1/2005 in Auszügen wiedergegeben).

Mit diesen Erfahrungen kann man Nachtwei quasi als „Sonderbeauftragten zur Irreführung der Friedensbewegung“ betrachten. Seine Spezialität ist offensichtlich, den Wunsch nach ziviler Konfliktlösung bei vielen und der offensichtlichen Unmöglichkeit, diese kurzfristig zu realisieren, in eine Akzeptanz der Militärpolitik umzulenken.

Was regelmäßig dabei unter den Tisch fällt, sind die tatsächlichen Interessen, die hinter den Konflikten stehen. Wir kennen die Verteidigungspolitischen Richtlinien, die klar Wirtschaftsinteressen als wesentlichen Faktor für militärische Machtausübung benennen. Wir kennen die Umdefinition des Verteidigungsbegriffs im Grundgesetz, nach dem auf einmal Angriffe im Ausland als Verteidigung verkauft werden sollen („am Hindukusch“, wo denn sonst...).

Lange vor dem Afghanistaneinsatz existierten bei SPD und Grünen die Arbeitspapiere, warum Afghanistan zum deutschen Interessengebiet gehören muß. Inzwischen wird offensiv über Afrika als Einsatzort der Bundeswehr gesprochen. Die humanitären Etiketten sind wohlfeil, wir glauben sie nicht.

Bei all dem nicht zu vergessen - diese Militäreinsätze geschehen weitgehend mit voller Unterstützung von Union und FDP. Diese „faktische große Koalition“ ist wesentlicher Teil des Problems. Die Aufgabenstellung „Eine andere Welt ist möglich“ müssen wir im Wesentlichen außerparlamentarisch verfolgen.

Noch was: Es gibt nach wie vor in beiden Parteien eine Menge Menschen, die der Friedensbewegung ernsthaft zugetan sind - sie leiden wahrscheinlich am meisten unter den geschilderten Problemen. Die sind hier nicht gemeint. Nur - die Entscheidungen der Regierung und die Zustimmung dazu im Bundestag sprechen eine klare Sprache, und darum geht es.

**Die entscheidende Forderung an die Bundesregierung bleibt:
keine Militäreinsätze durchzuführen und die Soldaten der Bundeswehr aus
allen ausländischen Einsatzorten zurückzuziehen**

Ein anderes aktuelles Beispiel für solche Probleme - teilweise Hilflosigkeit im Umgang mit Rot-Grün - ist der Konflikt um die Münchner „Friedenskonferenz“. Eigentlich ein Hoffnungsposten war die Chance, einen „offiziellen“ Raum der Stadt für das internationale Forum zubekommen. Nur - die Zusage zog sich lange hin: In letzter Minute wurde die Raumüberlassung ultimativ - rückwirkend an den ursprünglichen Unterstützern vorbei - von bezeichnenden Änderungen am Aufrufertext und dem Ausschluss einer Gruppe (der „DKP“) aus der Unterstützerliste abhängig gemacht. Wir waren überrascht und enttäuscht, daß sich der größte Teil des Trägerkreises auf diese Erpressung eingelassen hat, und haben dem im Münchner Friedensbündnis klar widersprochen. Wir hoffen, daß aus dieser Auseinandersetzung Lehren gezogen werden können.

Zum Jour-Fix der Bürgerinitiative („BIFA-TREFF“, jeden 1. Mittwoch im Monat) laden wir ein für
Mittwoch, 2. März 2005, 19.30 Uhr im Friedensbüro, Isabellastraße 6
Informationen/Einladungen: Tel. 089/181239 und via <http://www.bifa-muenchen.de>
oder E-Mail: info@bifa-muenchen.de